

**Protokoll
über die 23. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen am
29.10.2015**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:00 Uhr
Ort: Multifunktionsraum, E 070, Stadthaus, Am Packhof 2 - 6
19053 Schwerin

Anwesenheit

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Schmidt, Stefan entsandt durch Fraktion DIE LINKE

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Rudolf, Gert entsandt durch CDU-Fraktion

ordentliche Mitglieder

Bandlow, André entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Döring, Karin entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Haacker, Frank entsandt durch CDU-Fraktion
Lerche, Dirk entsandt durch ZG AfD
Mecklenburg, Frank entsandt durch SPD-Fraktion
Steinmüller, Rolf entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

beratende Mitglieder

Walther, Manfred entsandt durch Seniorenbeirat

Verwaltung

Avramenko, Dimitri
Czerwonka, Frank
Gersuny, Olaf
Gramkow, Angelika
Prochaska, Birgit
Rath, Torsten
Ruhl, Andreas
Wollenteit, Hartmut

Leitung: Stefan Schmidt

Schriftführer: Ingrid Arlt

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 22. Sitzung vom 22.10.2015 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung von Beschlussvorlagen
 - 4.1. Haushalt 2015 - Haushaltswirtschaftliche Sperre gem. § 51 Kommunalverfassung - KV M-V
Vorlage: 00504/2015
 - 4.2. Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2016
hier: Beratung zu den Teilhaushalten 01- Innere Verwaltung und 15 - Zentrale Finanzdienstleistungen
und zum Stellenplanentwurf 2016
Vorlage: 00467/2015
5. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Herr Schmidt, heutiger Ausschussvorsitzender eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der vorgelegten Tagesordnung wird einschließlich des Nachtrages zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

**zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 22. Sitzung vom 22.10.2015
(öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Herr Walter, Vertreter des Seniorenbeirates, erklärt den Anwesenden, dass die zuletzt erörterte Beschlussvorlage „Einführung der Ehrenamtskarte Vorlage: 00496/2015“ nach seiner Auffassung nicht hinreichend klar formuliert worden sei. Er erläutert, dass er persönlich bei der Veranstaltung zur Ehrenamtsehrung im letzten Jahr eingeladen war und dabei für sich erkennen musste, dass in dem geehrten Personenkreis seiner Auffassung nach auch Personen waren, die nur sehr kurz oder sogar zu keinem Zeitpunkt eine ehrenamtliche Tätigkeit ausgeübt hatten. Vor diesem Hintergrund gäbe er zu bedenken, dass die Ehrung in solchen Fällen nicht gerechtfertigt sei.

Nach kurzer Diskussion erklärt Herr Ruhl, dass er diese Darstellung prüfen lassen wolle und in der kommenden Ausschusssitzung hierzu eine Mitteilung abgeben wolle

Ohne Änderungen wird die Sitzungsniederschrift abgestimmt.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Es gibt durch die Verwaltung keine gesonderten Mitteilungen.

zu 4 Beratung von Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Haushalt 2015 - Haushaltswirtschaftliche Sperre gem. § 51
Kommunalverfassung - KV M-V
Vorlage: 00504/2015**

Bemerkungen:

Herr Ruhl erklärt die Notwendigkeit dieser Sperrvorlage, fügt an, dass es bereits eine technische Bewirtschaftungseinschränkung durch Freigabe von nur 90 % der Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen außer bei Personalkosten und Abschreibungen gibt und bittet um Zustimmung.

Herr Bandlow verweist auf die letzte Finanzausschusssitzung und erklärt, dass eine haushaltswirtschaftliche Sperre durch die Oberbürgermeisterin/Verwaltung, ohne eine Beschlussfassung durch die Politik, ausgesprochen werden sollte und stellt folgenden Änderungsantrag:

Im Einvernehmen mit der Stadtvertretung wird die haushaltswirtschaftliche Sperre im Haushaltsjahr 2015 von insgesamt 2,5 Mio € zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

Ja-Stimmen:	2
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	2

Bezug nehmend auf die Ablehnung des Antrages sagt Herr Mecklenburg, dass diese Sperrvorlage kein Regelinstrument für die kommenden Haushaltsjahre sein sollte, aber in Verbindung mit den Vorgaben in der Konsolidierungsvereinbarung dieser Weg vertretbar sei.

Herr Schmidt stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Herr Bandlow bittet, den Erlass der Rechtsaufsichtsbehörde zum Haushaltsplan 2014 dem Protokoll hinzuzufügen.

Beschluss:

1. Die Stadtvertretung erklärt das Einvernehmen zur Verfügung einer haushaltswirtschaftlichen Sperre im Haushaltsjahr 2015 im Volumen von insgesamt etwa 2,5 Mio. EUR gemäß Anlage.
2. Über die Inanspruchnahme gesperrter Beträge im Einzelfall entscheidet die Oberbürgermeisterin und bei Beträgen über 50.000 EUR der Hauptausschuss.
3. Soweit Aufwandsansätze gesperrt sind, stehen die korrespondierenden Auszahlungsansätze zur Bewirtschaftung nicht zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 4.2 **Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2016**
hier: Beratung zu den Teilhaushalten 01- Innere Verwaltung und 15 - Zentrale Finanzdienstleistungen
und zum Stellenplanentwurf 2016
Vorlage: 00467/2015

Bemerkungen:

Teilhaushalt 01 – Innere Verwaltung

An Hand einer Präsentation stellt Herr Wollenteit den Teilhaushalt 01 – Innere Verwaltung vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Die folgenden wesentlichen Produkte aus dem TH 01 werden durch die Produktverantwortlichen erläutert.

- wesentliches Produkt 11107 – Gremienbetreuung Städtepartnerschaften (Herr Czerwonka)
- wesentliches Produkt 11110 – Integration (Herr Avramenko)
- wesentliches Produkt 11403 – Technikunterstützte Informationsverarbeitung (Herr Wollenteit)

Wesentliches Produkt 11107 – Gremienbetreuung Städtepartnerschaften

Herr Czerwonka weist in seinen Ausführungen u a. darauf hin, dass aufgrund der Änderung der Entschädigungsverordnung Mehrkosten in Höhe von rd. 6T€ entstehen, die auf die Veränderungsliste gesetzt werden müssen.

Wesentliches Produkt 11110 – Integration

Herr Avramenko erklärt auf Nachfrage bezüglich der gegenwärtigen Flüchtlingsthematik, dass die dezernatsübergreifende Organisation und Umsetzung die eigentliche Vorintegrationsphase betreffe und die Aufgabe sich erst später, insbesondere nach Anerkennung eines Asylantrages, in das von ihm verantwortete Produkt übergehe.

Die Oberbürgermeisterin fügt an, dass verwaltungsintern entschieden wurde, organisatorisch – anders als in der Hansestadt Rostock - kein eigenes Amt zu bilden. Die Aufgabenerledigung und Aufgabenbündelung in einer Arbeitsgruppe unter der Leitung des Finanzdezernenten, in der alle betroffenen Fachbereiche vertreten sind, habe sich nach bisherigen Erkenntnissen bewährt und werde den absehbaren Herausforderungen weiter gerecht.

Auf die Frage nach dem derzeitigen Stand zur Refinanzierung von Leistungen durch das Land erklärt die Oberbürgermeisterin, dass es mit keiner Verwaltungskostenerstattung vom Land im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik zu rechnen sei. Es wurden Mittel für die 2 im Amt 50 eingestellten Integrationslotsen bereitgestellt. Ein weiterer Integrationslotse soll für den Bereich Schule und Hort eingestellt werden soll.

Herr Mecklenburg verweist auf die letzte FiA Sitzung am 22.10.2015, in dem die Verwaltung gebeten wurde, die Kostendarstellung über ein virtuelles Produkt zu überdenken.

Es wird an einem Verwaltungsvorschlag gearbeitet, erklärt Herr Ruhl. Dabei sei aber die Systematik von Produkten und Konten ebenso zu beachten, wie deren Zuordnung zu einem Teilhaushalt. Es bedarf deshalb genauer Überlegungen zur Bildung dieses virtuellen Produkts, bis hin dazu, dass die Abrechnungen gegenüber dem Land auch dortigen Prüfungen standhalten müssen.

Herr Bandlow empfiehlt, in der neuen Situation auf neue Ziele und Kennzahlen zu reflektieren. Herr Rudolph empfiehlt, sich zu den wesentlichen Produkten noch

gesondert zu verständigen. Dem stimmt Herr Schmidt zu.

Wesentliches Produkt 11403 – Technikunterstützte Informationsverarbeitung

Herr Wollenteit erklärt u.a., dass die Mindererträge in Höhe von 130,5 T€ aufgrund der nicht mehr zur Verfügung stehenden Mittel für das IT-Projekt SN Connect sind zu begründen sind.

Sonstige IT Aufwendungen in Höhe von 309,7 T€ für 2016 werden maßnahmenkonkret mit Ansätzen 2016 untersetzt und zum Protokoll nachgereicht.

Auf die Frage von Herrn Hacker, inwieweit die Maßnahmen aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept Fortgang erhalten hätten, erklärt Herr Wollenteit, dass an den Maßnahmen gearbeitet werde und es Beschlussvorlagen geben werde, sobald Entscheidungsvorschläge vorliegen.

Veranschlagte Investitionen

Beim Produkt 11402 - Sonst. Zentrale Dienste wird der Hpl Ansatz in Höhe von 58.400 € mit Einzelmaßnahmen und dazu den Hpl Ansätzen 2016 unterlegt und mit dem Protokoll nachgereicht, erklärt Herr Wollenteit.

Beziehungen zu Dritten

hier: KSM

Zum Produkt 11201 Dienstleistungsvertrag Personalabrechnung ist über den Hpl Ansatz 2016 in Höhe von 255 T€ noch nicht abschließend verhandelt worden. Entsprechende Unterlagen werden mit dem Protokoll beigelegt.

Personalkosten und Stellenplan

Herr Wollenteit erläutert die einzelnen Folien der Präsentation, beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder und verweist in seinen Ausführungen u.a. auf die Gesamtübersicht noch nicht dargestellter Personalveränderungen zum Hpl Entwurf 2016, die über eine Veränderungsliste noch bereitgestellt wird.

Teilhaushalt 15 – Zentrale Finanzdienstleistungen

Herr Gersuny erläutert mit einer Präsentation die Veranschlagungen im Entwurf des Teilhaushaltes 15 für das Haushaltsjahr 2016.

zu 5 Sonstiges

Bemerkungen:

Berichtswesen

Der Finanzdezernent Herr Ruhl informiert die Anwesenden darüber, dass er zum Thema Berichtswesen mit dem Ausschussvorsitzenden Herr Schulte gesprochen habe. Im Ergebnis dieses Gespräches wird die Verwaltung eine zeitliche und strukturelle Veränderung des Themas Berichtswesen vorschlagen.

Flüchtlingssituation

Herr Ruhl bittet die Anwesenden um Diskussion zu der Frage, ob die Bildung eines neuen Ausschusses für die Flüchtlingsthematik als notwendig angesehen wird. Es besteht Einvernehmen, keinen neuen Ausschuss zu bilden.

gez. Stefan Schmidt

Vorsitzende/r

gez. Ingrid Arlt

Protokollführer/in